

# DIE BSPOLITIK

Patrick Pierer

## DAS ERFOLGSMODELL EIGENVERANTWORTUNG

Was ist Eigenverantwortung? Auf den ersten Blick erklärt sich der Begriff von selbst: die Verantwortung für sich selbst übernehmen. Doch hier reden wir über Politik. In diesem Rahmen erweist sich eine Definition als weitaus schwieriger, denn es geht um mehr als nur die Verantwortung für die eigene Person, um Selbstverantwortung im (grösstenteils organisierten, strukturierten und funktionierenden) Zusammenleben einer Gesellschaft. Auf dieser Ebene der Betrachtung scheint es unabdingbar, auch den Begriff der Freiheit näher zu beleuchten – immerhin ist Freiheit die Voraussetzung dafür, dass Eigenverantwortung überhaupt wahrgenommen werden kann. Der Freiheitsgedanke ist eng verbunden mit dem Jahre 1789 – dem Ausbruch der französischen Revolution – und ist der Grundstein für unsere Verfassung in der Schweiz. Freiheit war damals zumindest für einen Teil des aufständischen Bürgertums oberste Maxime der Revolution und ist der Ursprung der Menschenrechte. John Locke, ein massgeblicher Beeinflusser aller demokratischen Verfassungen, schrieb einst: «Die Freiheit soll vor willkürlichen Eingriffen des Staates geschützt sein. Sie hat Vorrang, selbst vor demokratisch hergeführten Entscheidungen.» Und schon vor 140 Jahren warnte John Stuart Mill, seines Zeichens Philosoph und Ökonom, vor der «Tyrannei der Mehrheit» in einer Demokratie, welche die Freiheit einzelner beschneide, ihr Leben und ihre Persönlichkeit nach eigenen Vorstellungen zu formen.

### Die Schweiz: ein Vorzeige-Beispiel

Mit einer **halbdirekten Demokratie** hat die Schweiz diesen Grundsätzen in ihrem politischen System beispielhaft Rechnung getragen. Nicht nur die genannte «Tyrannei der Mehrheit» wurde so vermindert, auch

das Ideal der Eigenverantwortung findet sich auf Verfassungsebene im **Subsidiaritätsprinzip**, die einer zentralistischen Führung des Landes entgegenwirkt und eine föderalistische Kompetenzverteilung sichert. So wie wir sie heute in der Schweiz kennen und schätzen.

### Beunruhigende Entwicklungen

Unter diesem Gesichtspunkt wirken einige Entwicklungen der letzten Jahre beunruhigend, widersprechen sie doch genau diesen Grundprinzipien des schweizerischen Systems. So wäre als neuester Auswuchs das Rauchverbot zu nennen. Ein Gesetz, welches die Grundrechte von niemandem schützt – stattdessen sowohl die Freiheit des Rauchers einschränkt, selbst über seinen Zigarettenkonsum zu entscheiden, als auch jene des Gastwirts, über seinen Besitz zu verfügen. Seinen Ursprung hat dieses Gesetz ja nicht einmal in der Schweiz, sondern in den USA. Ein Staat mit einer direkten Demokratie, mit weitaus höherem Mass an Verboten und mit nur zwei politischen Parteien. Sollte sich ein Vorzeigesystem wie jenes der Schweiz, auf welches man als Bürger sicherlich stolz sein darf, an einem aus demokratietheoretischer Sicht tiefer zu bewertenden Land orientieren? Auch das Minarett- und das Burka-Verbot, die Teilnahmepflicht am Schwimmunterricht der Schule für muslimische Mädchen oder schon Verbote auf Wanderwegen sind weitere Beispiele, welche nicht die Freiheit von jemandem schützen, sondern nur die Freiheit von Minderheiten beschneiden. Wem schadet es, wenn das muslimische Mädchen nicht im Schwimmunterricht erscheint? Welche Frau würde es wollen, dass ihr beispielsweise das Tragen von Hosen verboten wird? Weshalb sorgen solche Nicht-Probleme überhaupt für so riesige Furore?



**Erfolgsmodell Halbdirekte Demokratie**

Bei der halbdirekten Demokratie wählt das Volk seine Vertreter in ein Parlament, dieses wiederum wählt die Mitglieder der Staatsregierung. So wird das Mehrheitsprinzip gegen eine höhere Beteiligung von Minderheiten am Entscheidungsprozess aufgegeben. Die halbdirekte Demokratie ist deshalb von umfassenden Verhandlungen und von Kompromissen abhängig.

**Erfolgsmodell Subsidiaritätsprinzip**

Eine politische und gesellschaftliche Maxime, die Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt. Danach sollen bei staatlichen Aufgaben zuerst untergeordnete, lokale Glieder wie Stadt, Gemeinde oder Kommune für die Lösung und Umsetzung zuständig sein, sofern es ihre Möglichkeiten nicht übersteigt.

## Profilierung und Frust

Die Antwort scheint simpel: Diese Art von politisch unwichtigen Themen schaffen Politikern eine Plattform, sich mit relativ geringem Risiko eines Schadens bei den Wählern zu profilieren, indem sie Emotionen schüren und Lösungen für Probleme versprechen, die eben keine sind. Unterstützt werden sie durch einen grossen Teil der Medien, die in der Sensationalisierung dieser Themen die Rettung ihrer rückläufigen Auflagen sehen und sie relevanter erscheinen lassen, als sie wirklich sind. Sie tun nichts anderes, als ihre Themen nach der Resonanz bei den Lesern zu gewichten. Aber halt: wir leben ja in einer Demokratie. In einer Demokratie hat der Bürger das letzte Wort. Jener ist aber oft selbst nicht sehr zufrieden oder sogar frustriert, weil er beispielsweise den ganzen Tag arbeiten muss oder keine Arbeit findet, wegen seiner unzähligen Verpflichtungen und weil ihn ein Heim, genügend zu Essen und seine Freiheit schlussendlich doch nicht vollständig befriedigen. Also muss doch «etwas» getan, die Missstände müssen beseitigt werden. Auch wenn diese Missstände keine sind und vielleicht gar nichts mit dem Frust einzelner zu tun haben.

Der Staat muss etwas tun, das scheint die allgemein gängige Meinung zu sein. Der Staat muss sich um meine Probleme kümmern. Und hier liegt genau der Irrtum. Nicht nur, dass sich der Bürger mit dieser Einstellung zu einem Werkzeug im Wahl- und Stimmkampf von Politikern machen lässt, nein. Er schiebt somit jegliche (Eigen-)Verantwortung von sich. In einem gut funktionierenden System, das die Schweiz mit Sicherheit ist, neigt der Mensch dazu, jegliche Verantwortung von sich auf dieses System abzuschieben. Institutionalisierung kann man diesen Vorgang nennen. Für jede gesellschaftliche Funktion wird eine Institution ins Leben gerufen. Entscheidungsträger sind dann nicht mehr Personen, sondern mehr oder weniger organisierte Institutionen wie Unternehmen, Verbände, Parteien – die der Gemeinbürger nur noch als abstraktes Symbol – als Marke – wahrnimmt. So verwundert es nicht, dass der Manager im Unternehmen nicht für Fehlentscheide, Bundesräte nicht für Alleingänge und Bürger für beinahe gar nichts verantwortlich sind. Besser gesagt, sich für nichts verantwortlich fühlen. Demgegenüber findet man in armen Ländern mit schlecht organi-

sierten, ja korrupten Systemen oft ein erstaunliches Mass an ziviler Courage. So kann es zum Beispiel vorkommen, dass eine alte Dame den ungehobelten jungen Mann im Bus anfährt, wenn er sich respektlos verhält.

## Eigenverantwortung: Anstrengung für den Einzelnen

Die genannte alte Dame könnte man als Ideal für die Wahrnehmung von Eigenverantwortung bezeichnen. Denn sie übernimmt Verantwortung für ihre Werte und Ideale – in diesem Falle den Respekt – und vertritt diese Meinung am Ort des Missstands. Und dies entspricht auch dem Verständnis von Eigenverantwortung im aufklärerischen, demokratischen Sinne. Eigenverantwortung bedeutet nicht «auf sich selbst schauen», sondern beinhaltet Initiative und schliesst Solidarität überhaupt nicht aus. Aber es geht noch weiter. Einstehen kann man nur für eine eigene Meinung – und eine eigene Meinung setzt die kritische Betrachtung und Auseinandersetzung mit Sachverhalten voraus. Somit ist auch das kritische Denken ein Teil der Eigenverantwortung. Ganz im Sinne Kants gilt es für den einzelnen, sich aus seiner «selbstverschuldeten Unmündigkeit» zu befreien. Die Eigenverantwortung ist also nichts anderes als der Preis für die Freiheit und bedeutet Anstrengung und Initiative.

## Gesunder Menschenverstand statt Verbote

Aber wie zu Beginn erwähnt, ist der Staat verantwortlich für den Erhalt von Recht und Freiheit seiner Bürger. Daraus lässt sich folgern, dass er auch die Möglichkeit der Meinungsbildung gewährleistet. Differenzierte Meinungen entstehen nur in einer Diskurspolitik, in welcher kritisches Denken gefördert wird und Foren für den Meinungs austausch vorhanden sind. Doch um diese Voraussetzungen auch weiterhin garantieren zu können, würde dies für die Politik heissen, sich vom bestehenden Trend des «Populismus» zu lösen und sich wieder auf das Prinzip der **Konkordanz** zu besinnen. Dann würde es wieder mehr darum gehen, die konkrete Problemlösung, die Sache an sich in den Vordergrund zu stellen – und nicht die Popularität der Partei oder Person. Weiter müsste die Förderung von kritisch denkenden Bürgern eine höhere Priorität haben. Und es würde

Erfolgsmodell Konkordanzsystem  
Als Konkordanzdemokratie wird ein Typus der Volksherrschaft bezeichnet, der darauf abzielt, eine möglichst große Zahl von Akteuren in den politischen Prozess einzubeziehen und Entscheidungen durch Herbeiführung eines Konsenses zu treffen.

Erfolgsmodell duales Bildungssystem  
Unter dem Dualen Berufsausbildungssystem versteht man die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Der praktische Teil der Ausbildung wird den Auszubildenden in den Betrieben vermittelt, den theoretischen Teil übernimmt die Berufsschule. Darüber hinaus ist es vielerorts an Berufsschulen auch möglich Zusatzqualifikationen zu erwerben.

in der Macht des Staates liegen, hierbei einen direkten Einfluss auszuüben. Die Bildung ist nämlich neben der Erziehung und dem sozialen Umfeld der prägendste Faktor für die Entwicklung einer Persönlichkeit. Die Bildungspolitik müsste also die Eigenverantwortung und die kritische Auseinandersetzung wieder grösser schreiben. Wieder weg von der herrschenden Verschulung durch Vereinheitlichungen wie das Bologna-System, welches die Massstäbe so setzt, dass kein Raum für kritische Auseinandersetzung und Kreativität mehr bleibt und die Schüler in das sogenannte «Bulimie-Lernen» hineindrückt – reinstopfen, gleich wieder auskotzen und vergessen. Die Schweiz ist doch bisher mit ihrem **dualen Bildungssystem** einen eigenen, sehr erfolgreichen Weg gegangen. Sie ist international berühmt für Arbeitskräfte von höchster Qualität, für Innovationen, für das

Prinzip von **Treu und Glauben** im Rechtssystem und auch den kritischen Diskurs im Rahmen der Konkordanz. Dass das so bleibt und die Schweiz nicht zu einem Land verfällt, in welchem Populismus, Verbote und eine «Tyrannei der Mehrheit» herrschen, lässt sich nur gewährleisten, wenn wir uns wieder mehr auf die Grundideen dieses einzigartigen Systems besinnen: das Prinzip der Eigenverantwortung, beruhend auf gesundem Menschenverstand und nicht auf Einschränkungen der Freiheit.

Erfolgsmodell  
Treu und Glauben  
Art. 2 ZGB  
B. Inhalt der Rechtsverhältnisse  
I. Handeln nach Treu und Glauben  
I Jedermann hat in der Ausübung seiner Rechte und in der Erfüllung seiner Pflichten nach Treu und Glauben zu handeln.

Dr. med. André Weissen, *Fraktionspräsident der CVP im Grossen Rat*

# FAMILIENENTLASTUNGEN

## Ein Fall von Eigenverantwortung und Subsidiarität

### Das sind die Facts:

- Wer Kinder zur Welt bringt, verliert beim ersten Kind bis zu 40% seiner Kaufkraft. Das bedeutet, dass ein Paar ohne Kind mit gleichem Einkommen über eine um 40% höhere Kaufkraft verfügt als ein Paar mit einem Kind. Bei zwei Kindern beträgt dieser Unterschied bis zu 60%.
- Gut ein Drittel aller Kinder leben in einkommensschwachen Familien, rund 60% in mittelständischen und nur 6% in wohlhabenden Familien.
- Zudem leistet ein erwerbstätiges Paar der Mittelschicht ohne Kind weniger Abgaben an den Sozialstaat (Steuern, Abgaben/Gebühren) als eines in der gleichen Einkommensschicht mit einem Kind (rund 24% vs. 27%).
- Das Armutsrisiko in der Schweiz hat sich von der Generation der Rentner auf jüngere Bevölkerungsgruppen verlagert. Als besonders gefährdet gelten heute alleinerziehende Mütter und kinderreiche Familien.

## Eigenverantwortung

Die Gründung einer eigenen Familie mit Kindern ist ein grosser Schritt. Wenn man an die oben genannten Facts denkt, ist es auch ein riskanter Schritt. Neben den Freuden, die einem eigene Kinder bieten, kommen auch Einschränkungen auf die beiden Partner zu – und vor allem eine grosse Verantwortung.

Der Staat wünscht, dass es wieder viel mehr Nachwuchs gibt. Dabei überlässt er alles der Eigenverantwortung des Paares, das sich mit dem Kinderwunsch beschäftigt – und das ist auch gut so. Wir wollen keine staatliche Familienplanung, wie es in gewissen Ländern vorkommt. Wir wollen nicht, dass die Anzahl der Kinder vorgeschrieben wird. Wir wollen aber auch nicht, dass man ab einer gewissen Kinderzahl ausgesorgt hat, weil die Eltern dank hohen Kinderzulagen gar nicht mehr arbeiten müssen.

Ob und wie viele Kinder ein Paar haben will, sollen die beiden Partner selbst entscheiden und die Konsequenzen in Eigenverantwortung tragen. Die Familie ist eine Lebensgemeinschaft mit Kindern, in der die Eltern – unabhängig von der Lebensform – die Verantwortung für das Wohlergehen und die Entwicklung der Kinder tragen.



## Subsidiarität

Aber in einem Staat, der sowohl liberale als auch soziale Werte hochhält, gibt es eine Grenze. Die Grenze ist erreicht, wenn Kinder zu einem Armutsrisiko werden. Solche Familien verdienen unabhängig von der Familienform unsere volle Unterstützung. Hier muss das Subsidiaritätsprinzip einspringen. Hier muss der Staat Unterstützung anbieten und helfend eingreifen.

Es gibt verschiedene Ansatzpunkte zu solcher Hilfe:

- Steuerabzüge für Familien
- Abschaffung der «Heiratsstrafe»
- Kindergeld
- Beiträge an die Tages-Fremdbetreuung
- Beiträge an die Tages-Selbstbetreuung
- und vieles Andere mehr.

Es liegt im Wesen einer liberal-sozialen Politik, dass die Eigenverantwortung der Eltern an erster Stelle steht. Subsidiär hilft der Staat oder andere Organisationen, wenn die Eigenverantwortung an ihre Grenzen stösst. Im Giesskannenprinzip Geld über die Familien zu verteilen ist aber der falsche Ansatz, denn es untergräbt die Eigenverantwortung. Gratis-Tagesplätze für alle führen zum Verschwinden der traditionellen Mutterrolle. Es müssen heute verschiedene Familienformen nebeneinander Platz haben. Alle sollen – falls notwendig – öffentliche Hilfe und Unterstützung erhalten, aber je nach Bedürfnis und nicht mit der Giesskanne.

